

Antwort**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökyak Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke
– Drucksache 20/14868 –**

**Todesopfer unter Flüchtenden auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland
und die Europäische Union in den Jahren 2023 und 2024**

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) starben oder verschwanden im Jahr 2024 mindestens 2 600 Menschen bei dem Versuch, die EU über das Mittelmeer zu erreichen. Seit 2014 sind mehr als 30 000 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ertrunken (www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer, www.evangelisch.h.de/inhalte/237713/28-12-2024/rueckblick-auf-2024-das-vergessene-sterben-im-mittelmeer). Nach Einschätzungen von zivilgesellschaftlichen Initiativen liegt die Zahl derer, die tatsächlich auf dieser Fluchtroute ihr Leben verloren haben, jedoch noch weitaus höher. Die Gruppe „Watch the Med Alarm Phone“ dokumentierte etwa in der zweiten Jahreshälfte 2020 nach eigenen Angaben über Kontakte zu Angehörigen von Verstorbenen, Überlebenden von Schiffsunfällen und lokalen Fischern Hunderte Todesfälle, die in keiner offiziellen Statistik auftauchen (<https://alarmphone.org/en/2021/01/14/a-struggle-for-ever-y-single-boat/>).

Noch größer als die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer ist die Zahl derer, die bei der Durchquerung der Sahara ihr Leben verlieren. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass dort zwischen 2014 und 2018 mindestens 30 000 Menschen verschwunden sind. Ein UN-Bericht von Juli 2024 dokumentiert Aussagen von Geflüchteten zu Überfällen, sexualisierter Gewalt, Erpressung und weiteren Formen von Gewalt während der Sahara-Durchquerung. Viele Menschen überleben diese Misshandlungen nicht, oder sie werden krank und ohne Hilfe zurückgelassen (www.unhcr.org/at/news/press-releases/unhcr-iom-mmc-bericht-zu-gewalt-und-gefahren-auf-afrikanischen-landrouten).

An den Landgrenzen der EU, etwa in Griechenland, Ungarn, Kroatien und Polen, kommt es laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen regelmäßig zu illegalen Pushbacks. Schutzsuchende werden demnach an den Grenzen mit brutaler Gewalt zurückgeprügelt, ausgeraubt und gedemütigt. Tausende solcher Fälle sind etwa im „Black Book of Pushbacks“ dokumentiert (<https://left.eu/issues/publications/black-book-of-pushbacks-2022/>). Auch nach der Überwindung der militarisierten EU-Außengrenzen sind Geflüchtete oft nicht sicher, es ist nach Einschätzung von Beobachtern vielmehr zu weite-

ren Menschenrechtsverletzungen gekommen. Besonders dramatisch sind die Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln. Mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist nach Auffassung von Hilfsorganisationen und auch der Fragestellenden eine Ausweitung und Verallgemeinerung dieser Zustände zu befürchten (www.proasyl.de/news/griechische-verhaeltnisse-bald-ueberall-in-europa/).

1. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2023 und 2024 (bitte differenzieren)
 - a) an den Landesgrenzen, Küsten, Seehäfen, Flughäfen bzw. im Grenzgebiet der Bundesrepublik Deutschland tot aufgefunden worden oder ums Leben gekommen?

Die Frage 1 und 1a werden gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung kamen im Jahr 2023 insgesamt acht Personen an den Land-, See- und Luftgrenzen bzw. im Grenzgebiet Deutschlands ums Leben. Im Jahr 2024 sind in diesem Bereich keine Personen zu Tode gekommen.

- b) an den Grenzen der Europäischen Union tot aufgefunden worden oder ums Leben gekommen?
- c) in Flüchtlingsunterkünften, Hotspots, Abschiebegefängnissen und Transitzonen in Dublin-Staaten ums Leben gekommen?

Die Fragen 1b und 1c werden wegen dem Sachzusammenhang gemeinsam beantwortet.

Eine Statistik der Europäischen Union für die Jahre 2023 und 2024 ist der Bundesregierung nicht bekannt.

- d) in den verschiedenen Formen von Flüchtlingsunterkünften, Ausreisegewahrsam, Abschiebegefängnissen in Deutschland ums Leben gekommen?

Der Vollzug des Aufenthaltsgesetzes obliegt den Ländern. Entsprechende Statistiken der Länder sind der Bundesregierung nicht bekannt und eine von den Ländern belieferte Bundesstatistik besteht nicht.

2. Wie viele Suizide und Suizidversuche (bitte differenzieren) hat es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2023 und 2024 (bitte differenzieren) in Flüchtlingsunterkünften und Abschiebegefängnissen in Deutschland gegeben (bitte einzeln mit Datum, Ort, Art der Unterbringung, Staatsangehörigkeit und kurzer Sachverhaltsschilderung auflisten)?
3. Wie viele Fälle von Selbstverletzungen sind der Bundesregierung aus Flüchtlingsunterkünften und Abschiebegefängnissen in den Jahren 2023 und 2024 (bitte differenzieren) in Deutschland bekannt (bitte einzeln mit Datum, Ort, Art der Unterbringung, Staatsangehörigkeit und kurzer Sachverhaltsschilderung auflisten)?

Die Fragen 2 und 3 werden wegen dem Sachzusammenhang gemeinsam beantwortet.

Der Vollzug des Aufenthaltsgesetzes obliegt den Ländern. Entsprechende Statistiken der Länder sind der Bundesregierung nicht bekannt und eine von den Ländern belieferte Bundesstatistik besteht nicht.

4. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2023 und 2024 (bitte differenzieren) mit körperlichen Verletzungen und Beeinträchtigungen durch Erfrierungen, Unterkühlungen, Hunger, Durst o. Ä. aufgegriffen worden, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts

a) in die Bundesrepublik Deutschland,

Die Frage 4 und 4a werden gemeinsam beantwortet.

Nach Kenntnis der Bundesregierung erlitten im Jahr 2023 insgesamt 14 Personen und im Jahr 2024 insgesamt 13 Personen körperliche Verletzungen und/oder Beeinträchtigungen im Sinne der Fragestellung. Weitere Informationen sind in der nachfolgenden Übersicht enthalten:

Datum und Ort	Transportmittel	Anzahl und Nationalität der verletzten Personen	Sachverhalt
Jahr 2023			
13. Juli 2023 BAB 17 Anschlussstelle Bahretal (SN)	Kleintransporter	-5- türkisch -2- afghanisch -1- georgisch	Unfall eines zur Schleusung genutzten Kfz.
26. Oktober 2023 S-Bahnhof Lohhof (BY)	Güterzug	-5- nepalesisch	Verletzungen (leicht) nach Sprung von einem fahrenden Güterzug
27. Dezember 2023 Pfremsch (BY)	ohne	-1- algerisch	Feststellung einer nicht witterungsgerecht gekleideten Person auf einem Hochsitz. Die Person war stark unterkühlt und erlitt Erfrierungen an den Füßen.
Jahr 2024			
3. August 2024 Pomellen (MV)	PKW	-3- somalisch	Unfall eines zur Schleusung genutzten Kfz.
13. November 2024 Lohma-Siedlung (BY)	LKW	-5- türkisch -4- syrisch -1- irakisch	Schleusung auf einem mit chlorhaltigen WC-Steinen beladenen Lkw führte zu Atemwegsbeschwerden, Kopfschmerzen und Hautreizungen bei den Geschleusten.

b) in die Europäische Union

zugezogen haben, und wie viele dieser Personen sind an den Folgen dieser Verletzungen bzw. Beeinträchtigungen verstorben (bitte nach Datum und Ort, Staatsangehörigkeit des Opfers und Art der Verletzung aufschlüsseln und soweit möglich das Transportmittel angeben)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor.

5. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2023 und 2024 (bitte differenzieren) im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts
- a) durch Bundespolizei oder Zollbeamte in Deutschland bzw.

Die Fragen 5 und 5a werden gemeinsam beantwortet.

Erkenntnisse der Bundesregierung im Sinne der Fragestellung können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Datum und Ort	Unmittelbarer Zwang/ Nacheile	Anzahl und Nationalität der verletzten Personen	Sachverhalt
Jahr 2023			
4. März 2023 EC 1280 Einreisekontrolle (BY)	Unmittelbarer Zwang	-1- syrisch	Die Person wies im Rahmen der grenzpolizeilichen Einreisekontrolle keinerlei Ausweisdokumente vor. Bei der Durchsuchung widersetzte sich die Person der Maßnahme und versuchte, seine aufgefundene österreichische Asylkarte zu zerreißen. Beim Versuch, der Person die Asylkarte zur Kontrolle aus der Hand zu nehmen, schlug die Person um sich und zog sich hierbei eine Schnittwunde zwischen Daumen und Zeigefinger zu.
18. Juni 2023 BAB 6, Anschlussstelle Leuchtenberg (BY)	Nacheile	-5- türkisch -1- georgisch	Während einer Schleusung entzog sich der georgische Schleuser mit erhöhter Geschwindigkeit der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
17. Juli 2023 Passau (BY)	Nacheile	-5- syrisch	Während einer Schleusung entzog sich der syrische Schleuser mit erhöhter Geschwindigkeit der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
23. Juli 2023 BAB 6 (BY)	Nacheile	-1- syrisch	Während der Einreise nach Deutschland entzog sich der syrische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
25. Juli 2023 Winhöring (BY)	Nacheile	-1- albanisch	Während einer Schleusung entzog sich der albanische Schleuser mit erhöhter Geschwindigkeit der polizeilichen Kontrolle, rammte ein Einsatzfahrzeug der Bundespolizei und verunfallte. Der Schleuser flüchtete zu Fuß und wurde durch einen Diensthund der Bundespolizei gestellt. Der Tatverdächtige erlitt dabei Bisswunden am Unterarm.

Datum und Ort	Unmittelbarer Zwang/ Nacheile	Anzahl und Nationalität der verletzten Personen	Sachverhalt
29. August 2023 Simbach am Inn (BY)	Nacheile	-6- türkisch	Während einer Schleusung entzog sich der bulgarische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
30. August 2023 Simbach am Inn (BY)	Nacheile	-3- türkisch	Während einer Schleusung entzog sich der georgische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
3. Oktober 2023 ST2357 bei Oberhadermark (BY)	Nacheile	-2- türkisch	Während einer Schleusung entzog sich der türkische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
13. Oktober 2023 BAB 93, Anschlussstelle Ampfing (BY)	Nacheile	-10- syrisch -5- türkisch -1- staatenlos	Während einer Schleusung entzog sich der georgische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
20. Oktober 2023 Rosenheim, Bahnhof (BY)	Unmittelbarer Zwang	-1- syrisch	Während der grenzpolizeilichen Kontrolle eines unerlaubt einreisenden syrischen Staatsangehörigen in einem aus Österreich kommenden Zug am Bhf. Rosenheim widersetzte sich die Person der polizeilichen Maßnahmen. Die Person flüchtete über die Gleise und konnte anschließend im Gleisbereich gestellt werden. Sie leistete weiterhin Widerstand gegen die polizeilichen Maßnahmen, in dessen Folge sie leichte Verletzungen am Knie davontrug.
3. November 2023 BAB 93, Anschlussstelle Lindau (BY)	Nacheile	-6- türkisch	Während einer Schleusung entzog sich der türkische Schleuser der Kontrolle der die Bundeszollverwaltung und verunfallte.
Jahr 2024			
14. Januar 2024 Mittenwald, Bahnhof (BY)	Unmittelbarer Zwang	-1- marokkanisch	Während der grenzpolizeilichen Kontrolle gab die Person an, keine Ausweisdokumente mit sich zu führen. Die Person versuchte, sich durch Flucht den polizeilichen Maßnahmen zu entziehen und sperrte sich gegen das Festhalten. Bei der Person wurde eine Rötung über der rechten Augenbraue festgestellt.

Datum und Ort	Unmittelbarer Zwang/ Nacheile	Anzahl und Nationalität der verletzten Personen	Sachverhalt
7. Juni 2024 Wegscheid (BY)	Nacheile	-4- syrisch	Während einer Schleusung entzog sich der syrische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
6. September 2024 ST 2131, Abzweig Wald- kirchen (BY)	Nacheile	-4- syrisch -2- pakistatisch	Während einer Schleusung entzog sich der pakistanische Schleuser der polizeilichen Kontrolle und verunfallte.
21. Oktober 2024 Grenzübergang Kupfermühle (SH)	Unmittelbarer Zwang	-1- unbekannt	Im Rahmen einer Zurückweisung der dänischen Behörden leistete die Person gegen die Maßnahmen der Bundespolizei Widerstand und griff die Beamten an. Hier erlitt die Person Verletzungen.
4. November 2024 Grenzübergang Kieferfelden (BY)	Unmittelbarer Zwang	-1- ukrainisch	Während der grenzpolizeilichen Kontrolle (versuchte unerlaubte Einreise) in einem Reisebus leistete die Person erheblichen Widerstand gegen die polizeilichen Maßnahmen und griff die Beamten tätlich an. Bei der Person wurde eine Verletzung an einem Finger festgestellt.

- b) durch Bundespolizei- oder Zollbeamte an den Außengrenzen der Europäischen Union mittels der Anwendung unmittelbaren Zwangs bzw. im Zuge einer entsprechenden Nacheile körperlich verletzt oder versehrt (bitte jeweils einzeln mit Datum, Ort, Staatsangehörigkeit und kurzer Sachverhaltsschilderung auflisten)?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor. Die Daten werden nicht statistisch erfasst.

- c) Wie viele Ermittlungs- und Disziplinarverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen oder eingestellt (bitte aufschlüsseln)?

Im Sinne der Fragestellung wurden keine disziplinarrechtlichen Verletzungen erkannt. Insofern wurden auch keine Ermittlungs- und Disziplinarverfahren eingeleitet.

6. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2023 und 2024 (bitte differenzieren)

- a) in der Bundesrepublik Deutschland,

Die Fragen 6 und 6a werden gemeinsam beantwortet.

Die Strafverfolgung obliegt den Ländern. Entsprechende Statistiken der Länder sind der Bundesregierung nicht bekannt und eine von den Ländern belieferte Bundesstatistik besteht nicht.

- b) in der Europäischen Union
im Zuge ihrer ggf. unerlaubten Grenzübertritte durch Privatpersonen verletzt bzw. getötet (bitte nach Datum und Ort, Staatsangehörigkeit des Opfers und Todes- bzw. Verletzungsart aufschlüsseln)?

Eine Statistik der Europäischen Union für die Jahre 2023 und 2024 ist der Bundesregierung nicht bekannt.

7. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen oder eingestellt (bitte aufschlüsseln)?

Die Strafverfolgung obliegt den Ländern. Entsprechende Statistiken der Länder sind der Bundesregierung nicht bekannt und eine von den Ländern belieferte Bundesstatistik besteht nicht. Eine Statistik der Europäischen Union für die Jahre 2023 und 2024 ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.